

Z-02 Zukunft der sozialen Sicherung

Antragsteller/innen: LDK Baden-Württemberg

Gegenstand: Zukunft der sozialen Sicherung

Anmerkungen: LDK-Beschluss vom 14.10.2007

Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen

1 Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen – eine solidarische und freiheitliche 2 Zukunft gestalten

3 Wir brauchen einen Aufbruch in der Sozialpolitik! Solidarisches Miteinander, soziale
4 Sicherheit, die Würde jedes einzelnen Menschen und das Recht auf Selbstbestimmung, sind
5 grüne Werte, die uns bei unserem Vorschlag für einen Einstieg in ein grünes
6 Grundeinkommen leiten.

7 Die Agenda 2010 aus dem Jahr 2003 war eine wichtige Weichenstellung in der Sozialpolitik.
8 Allerdings waren bei Hartz IV durch die Notwendigkeit eines Kompromisses mit der SPD und
9 CDU von Anfang an einige Dinge anders als wir sie von grüner Seite forderten. Dies betrifft
10 insbesondere die zu starke Anrechnung von zur Altersvorsorge zurückgelegtem Vermögen,
11 die Höhe der Regelsätze und die Zuverdienstmöglichkeiten. Zudem kritisieren wir das
12 Ungleichgewicht beim „Fördern“ und „Fordern“. Wir stehen nach wie vor zu unserer
13 Regierungspolitik. Und dennoch müssen wir auf den Wandel in der Erwerbsarbeit und den
14 damit verbundenen Umbrüchen in der Sozialpolitik reagieren. Wir Grünen haben oft sensibler
15 als andere auf Signale aus der Gesellschaft reagiert und den Mut aufgebracht, innovative
16 und zukunftssträchtige Politikansätze zu formulieren und fordern deshalb einen neuen
17 Aufbruch in der Sozialpolitik.

18 Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist nicht neu. Die ersten Gedanken
19 lassen sich bis ins frühe 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Die steigenden Arbeitslosenzahlen
20 in den 1980er Jahren führten dazu, dass sich PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und
21 Nichtregierungsorganisationen auf europäischer Ebene mit dem Thema auseinandersetzten
22 – daraus resultierte die spezifische Form des Grundeinkommens, wie wir sie diskutieren.
23 Eine Vorläuferfraktion der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament bildete die Plattform
24 dafür. Wir nehmen den Faden auf.

25 Wie soll es weitergehen? Für uns steht fest: Für einen Aufbruch in der Sozialpolitik, der
26 unseren grünen Wertvorstellungen entspricht, ist ein Grundeinkommen unabdingbar. Drei
27 Punkte sind uns dabei besonders wichtig: Erstens wird bei weitem nicht jedes
28 Grundeinkommensmodell unseren Wertvorstellungen gerecht. Zweitens stellt ein gut
29 durchdachtes Grundeinkommen zwar eine gute Basis für einen zukunftsfähigen Aufbruch in
30 der Sozialpolitik dar, ohne begleitende Maßnahmen entfaltet es aber nur eine begrenzte
31 Problemlösekraft. Und drittens wollen wir darstellen, dass ein Grundeinkommen nicht nur
32 politisch sinnvoll ist, sondern mit einem realistischen Konzept auch umsetzbar ist.

33 Die Umstellung vom derzeitigen System bedarfsgeprüfter Sozialleistungen auf ein
34 bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet nicht nur, dass damit der immense
35 bürokratische Aufwand für die Kontrolle von Anspruchsberechtigungen entfällt. Sie schafft

36 auch die Voraussetzungen dafür, dass Sozialpolitik ohne Stigmatisierungen und ohne
37 Sanktionsdrohungen auskommen kann. Das entspricht ebenso dem grünen Menschenbild
38 wie der grundgesetzlich garantierten Würde des Menschen. Nur wer Menschen zutraut,
39 Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und ihnen die notwendige Freiheit dazu gibt,
40 schafft Potenziale für Kreativität und Räume für zukunftsfähige Entwicklungen. Damit
41 schlagen wir GRÜNE eine Abkehr vom „Fordern und Fördern“ vor, wie es Hartz IV
42 zugrunde liegt, denn „Fordern“ bedeutet in der Regel auch Bevormundung. Stattdessen
43 machen wir uns dafür stark, mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die materielle
44 Basis für eine Existenzsicherung zu schaffen und diese mit Beratungs- und
45 Bildungsangeboten sowie bedarfsabhängigen Leistungen – etwa für besondere
46 Lebenslagen – zu ergänzen. Solidarität heißt, keinen Menschen mit seinen Pro-blemen
47 alleine zu lassen. Solidarität ohne Bevormundung heißt, allen die Freiheit zu geben, selbst
48 darüber zu entscheiden, ob und welche Hilfsangebote sie annehmen möchten. Diese freie
49 Entscheidung ist nur möglich, wenn Hilfe nicht mit möglicherweise Existenz bedrohenden
50 Sanktionen verbunden ist. Eine Gesellschaft, die Solidarität und Freiheit verknüpfen
51 möchte, braucht daher ein Grundeinkommen, und ergänzt dieses um Bildungschancen
52 und freiwillige Beratungs-, Betreuungs- und Integrationsangebote.

53 Es wäre falsch, das Grundeinkommen als ein Allheilmittel zu verstehen. Es gibt jedoch
54 eine ganze Reihe wünschenswerter gesellschaftlicher Effekte, die mit Hilfe eines
55 bedingungslosen Grundeinkommens erreichbar sind:

- 56 □ Ohne bürokratischen Aufwand federt das Grundeinkommen Phasen ohne
57 Erwerbstätigkeit, Existenzgründungen, Bildungszeiten oder Familienphasen für die
58 Erziehung von Kindern oder die Pflege von Älteren – das Patchwork der
59 Lebensläufe in der Wissensgesellschaft – ab. Das Grundeinkommen passt sehr viel
60 besser als andere Modelle zur Erwerbsgesellschaft der Zukunft, die durch
61 flexibilisierte und unstete Erwerbsverläufe gekennzeichnet ist. Nicht zuletzt liegen
62 hier Chancen für nachhaltige Lebensentwürfe. Damit ist das Grundeinkommen die
63 richtige Antwort auf Prekarisierungstendenzen und eine postindustrielle
64 Erwerbsgesellschaft.
- 65 □ Ein grünes Grundeinkommen trägt zur effektiven Armutsbekämpfung bei und erhöht
66 die gesellschaftliche Verteilungsgerechtigkeit. Denn es wird besonders durch die
67 Haushalte mit den höchsten Einkommen finanziert. Damit entspricht das
68 Grundeinkommen grünen Anforderungen an die Sozialpolitik.
- 69 □ Insbesondere reduziert das Grundeinkommen dadurch, dass es auch Kindern
70 zusteht, das mit Kindern verbundene Armutsrisiko und damit die Armut von
71 Familien. Zugleich eröffnet es Chancen für eine geschlechtergerechtere Verteilung
72 von Familienarbeit. Damit ist es auch familien-politisch eine sinnvolle Maßnahme.
- 73 □ Das Grundeinkommen ist ein Recht, das jedem Menschen individuell zusteht. Es ist
74 verbunden mit der Abschaffung von Bedarfsgemeinschaften und des
75 Ehegattensplittings. Damit eröffnet es den Weg in eine geschlechtergerechte
76 Sozialpolitik.

77 Auf den ersten Blick scheint es so, als könne jeder dieser Effekte auch auf anderem Weg
78 erreicht werden. Der Charme eines grünen Grundeinkommens, wie wir es vorschlagen,
79 liegt darin, dass diese Effekte erreicht werden, ohne eine Vielzahl an unübersichtlichen,
80 hoch bürokratischen und dennoch selten gerechten Einzellösungen notwendig zu machen.
81 Zudem ist es mit dem Anspruch verbunden, die Würde des Menschen zu stärken und zur
82 menschlichen Entwicklung beizutragen und gleichzeitig auf den Einsatz von Sanktionen zu
83 verzichten.

84 Für ein Grundeinkommensmodell, das diesen Vorstellungen gerecht werden soll, gelten
85 allerdings drei wichtige Eckpunkte: Es muss erstens eng mit dem System der Besteuerung
86 von Einkommen und Vermögen gekoppelt sein, um verteilungsgerecht zu wirken. Ein nur
87 an die Konsumbesteuerung gekoppeltes Grundeinkommen halten wir hingegen nicht für
88 tauglich – und auch nicht für kompatibel zum europäischen Binnenmarkt. Es darf zweitens
89 von der Höhe her nicht zu niedrig ausfallen, um nicht neue Armutsfallen zu eröffnen und
90 drittens muss es finanzierbar sein, ohne damit institutionelle Sozialleistungen und
91 Bildungsangebote in Frage zu stellen. Als ersten, sofort umsetzbaren Schritt in diese
92 Richtung schlagen wir daher – wie unten ausgeführt – ein Sockelgrundeinkommen
93 (partielles Grundeinkommen) vor.

94 Es könnte auch versucht werden, armutsfeste und individualisierte Leistungen durch die
95 Erweiterung einer bedarfsorientierten Grundsicherung einzuführen. Es stellt sich allerdings
96 schnell heraus, dass ein solches Vorgehen nicht nur den bisherigen Bürokratie- und
97 Kontrollapparat beibehält, sondern diesen sogar explosionsartig erhöhen würde und
98 dadurch deutlich teurer wäre als die Einführung eines Sockelgrundeinkommens, wie wir es
99 vorschlagen. Um es an einem Beispiel konkret zu machen: Selbst wenn die Forderungen
100 aus der grünen Bundestagsfraktion an eine reformierte Grundsicherung – wie höhere
101 Leistungen, bessere Zuverdienste, Individualisierung der Leistungen (d.h. ohne die
102 Anrechnung von PartnerInneneinkommen) – nur teilweise erfüllt werden, würde das
103 Bedarfsprüfungssystem kollabieren. Dann hätten mehr als die Hälfte (!) aller 4-Personen-
104 Haushalte in Baden-Württemberg Anspruch auf Hartz IV. Dem gegenüber erweist sich der
105 Einstieg in einen Systemwechsel als zukunftsfähige Variante grüner Politik.

106 Die Finanzierungsfrage ist auch deswegen wichtig, weil wir das Grundeinkommen zwar als
107 Einstieg in eine neue Sozialpolitik verstehen, uns aber nicht der Illusion hingeben, damit
108 alle sozialen Probleme der zukünftigen Erwerbsgesellschaft lösen zu können. Ein
109 Grundeinkommen muss durch eine Reihe politischer Maßnahmen ergänzt werden.
110 Insbesondere ist weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Gegen Lohndumping
111 ist – mit und ohne Grundeinkommen – ein Mindestlohn notwendig, wie wir GRÜNE ihn
112 fordern. Bildungsinvestitionen und ein Recht auf Ausbildung tragen dazu bei, junge
113 Menschen für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft zu qualifizieren – und die
114 mit dem Grundeinkommen verknüpfte Vorstellung, eigenständigen freiheitlichen und
115 solidarischen Handelns auch tatsächlich zu ermöglichen. Neben einem Einstieg in das
116 Grundeinkommen mit einem Sockelgrundeinkommen (Baustein 1) formulieren wir daher
117 nachfolgend auch unsere Forderungen an die Arbeitsmarktpolitik (Baustein 2) und an die
118 Bildungspolitik (Baustein 3) sowie die Perspektiven einer Weiterentwicklung des
119 Grundeinkommens. Damit definieren wir einen umsetzbaren und finanzierbaren Einstieg in
120 eine Politik, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird. Denn grüne Sozialpolitik
121 ist beides: Visionär und realistisch!

122 **Bausteine für eine zukunftsfähige Sozialpolitik**

123 Wir wollen einen zukunftsweisenden Umbau unseres Sozialsystems voranbringen, der die
124 Solidarität vom Kopf auf die Füße stellt. Dazu gehört ein Existenz sicherndes partielles
125 Grundeinkommen für Kinder und für Erwachsene. Ergänzend notwendige Leistungen für
126 Wohnkosten und für Hilfen in besonderen Lebenslagen, wie Behinderungen, werden wie
127 bisher bedarfsgeprüft gewährt. Parallel dazu soll der dringend notwendige Ausbau der
128 sozialen Infrastruktur verwirklicht werden, von der Bildung über die Kinderbetreuung bis zu
129 einer wirklich greifbaren Arbeitsmarktintegration für benachteiligte Menschen.
130 Perspektivisch sollen die sozialen Sicherungssysteme zur Absicherung der Risiken im
131 Alter, bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit nicht mehr an die abhängige

132 Beschäftigung gekoppelt, sondern zu einer solidarischen, aus allen Einkünften gespeisten
133 Bürgerversicherung umgebaut werden.

134 Ein so weit reichendes Projekt, wie die solidarische Neuausrichtung der sozialen
135 Sicherung, kann natürlich nicht auf Knopfdruck verwirklicht werden. Notwendige
136 Anpassungen haben unterschiedliche Geschwindigkeiten: Eine Steuerreform ist zügiger
137 umsetzbar, als der Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Somit gehört zur
138 Praxistauglichkeit eines Konzepts, dass es in überschaubaren und nachvollziehbaren
139 Schritten vollzogen wird. Diese Bausteine müssen in sich schlüssig sein und aufeinander
140 aufbauen. Wir machen hierzu einen konkreten Vorschlag. Aber selbstverständlich ist auch
141 eine andere Vorgehensweise vorstellbar und je nach den politischen Rahmenbedingungen
142 können einzelne Schritte auch langsamer oder deutlich schneller umgesetzt werden.

143 **Baustein 1: Bedingungsloses Sockelgrundeinkommen**

144 In einem ersten Schritt wollen wir ein partielles einkommensteuerfreies Grundeinkommen
145 von zunächst monatlich 420 Euro für Erwachsene und 300 Euro für Kinder bis 18 Jahre
146 einführen. Anspruchsberechtigt sind alle Menschen, die – analog zur heutigen
147 Gesetzeslage – ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Alle anderen
148 erhalten weiterhin ausschließlich bedarfsgeprüfte Leistungen. Beide Beträge steigen
149 mindestens entsprechend der Inflationsrate.

150 420 bzw. 300 Euro entsprechen der Regelleistung, die Sozialverbände für Hartz IV-
151 EmpfängerInnen fordern. Diese Leistung gibt es aber für alle, bedingungslos, ohne
152 Bedürftigkeitsprüfung und individualisiert. Leistungen für Menschen in besonderen
153 Lebenslagen sowie für den Wohnbedarf gibt es weiter auf Antrag. Alle bisherigen Hartz IV-
154 EmpfängerInnen sind damit materiell besser gestellt. Für sie entfällt insbesondere die
155 unwürdige Hartz IV-Regelsatzprüfung, bei der auch das PartnerInneneinkommen offen
156 gelegt werden muss. Personen ohne eigenes Einkommen müssen somit durch das
157 Grundeinkommen lediglich bei Bedarf Wohngeld beantragen. Diese Verbesserung gilt
158 besonders für diejenigen, die heute trotz eigenem Einkommen auf ergänzende Hartz IV-
159 Leistungen angewiesen sind. Materiell erheblich besser gestellt werden zudem fast drei
160 Millionen Menschen, die im heutigen System verdeckt arm sind.

161 Unverändert bleiben bei diesem ersten Baustein die Sozialversicherungen für Rente,
162 Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit sowie ihre Finanzierung durch Beiträge und
163 Steuerzuschüsse. Nur zwei Anpassungen werden vorgenommen: Alle Menschen sind
164 Mitglied einer Krankenversicherung und Beiträge werden bei gesetzlich Versicherten
165 ausschließlich auf Grundlage des Einkommens erhoben. Der Fehlbetrag wird, wie heute
166 bei Hartz IV auch, steuerfinanziert.

167 Unser Vorschlag eines partiellen Grundeinkommens wird vollständig gegenfinanziert, ohne
168 den bisherigen Haushalt zu belasten. Wir streben dazu einen Finanzierungsmix an. Zum
169 einen ergibt sich die Finanzierung aus eingesparten Transferleistungen, denn das grüne
170 Grundeinkommen ersetzt steuerfinanzierte Transfers wie das Arbeitslosengeld II und das
171 Kindergeld. Zum anderen schlagen wir zur Finanzierung eine grundlegende
172 Einkommensteuerreform vor. Flankierend dazu wollen wir eine Weiterentwicklung der
173 ökologischen Finanzreform über die Abschaffung von Ausnahmen bei der bisherigen
174 ökologischen Besteuerung hinaus, um ökologische Anforderungen und soziale
175 Absicherung zu vereinen. Wir wollen dabei an der erfolgreichen Einführung ökologischer
176 Steuern unter der rot-grünen Regierung anknüpfen und ein Energiegeld einführen. Dieser
177 Vorschlag grüner UmweltpolitikerInnen, bei dem eine Energie- und Ressourcen-
178 Besteuerung unerwünschten Verbrauch verteuert und eingenommene Gelder als „Öko-
179 Bonus“ an die Bevölkerung zurück gibt, wird somit in unser Konzept eines grünen

180 Grundeinkommens integriert.

181 Bei der Einkommensteuerreform für die Finanzierung dieses ersten Bausteins halten wir
182 an progressiven Steuersätzen fest, wie im Bundestagswahlprogramm 2005 beschlossen.
183 Möglichst viele Vergünstigungen in der Einkommensteuer, wie beispielsweise das
184 Ehegattensplitting, sollen gestrichen oder in das Grundeinkommen integriert werden. Es
185 gibt zukünftig nur noch eine Steuerklasse. In der Folge werden endlich alle Einkommen
186 gleichberechtigt gestellt und Frauen wie auch Männer erhalten gleichermaßen einen
187 individualisierten Anspruch auf das grüne Grundeinkommen. Entscheidend ist vor allem
188 aber: Das grüne Grundeinkommen geht für Menschen, die Steuern zahlen, im
189 Grundfreibetrag auf. Dieser liegt beim grünen Grundeinkommen deutlich höher als der
190 heutige Grundfreibetrag und wird als „negative Einkommensteuer“ verrechnet.

191 Konkret bedeutet dies: Personen mit einer Steuerbelastung über dem Grundeinkommen,
192 zahlen Einkommensteuer. Liegt die Steuerbelastung aber unterhalb des grünen
193 Grundeinkommens bzw. ist kein Einkommen vorhanden, erhalten die Menschen Geld vom
194 Staat – es wird sozusagen eine „negative Steuer“ gezahlt. In beispielhaften Zahlen
195 ausgedrückt heißt dies: Eine allein stehende Person kommt auf eine Steuerbelastung von
196 350 Euro, gleichzeitig besteht aber ein Anspruch auf ein Grundeinkommen von 420 Euro.
197 Sie zahlt also unter dem Strich keine Steuern und bekommt zusätzlich die Differenz zum
198 grünen Grundeinkommen, nämlich eine „negative Einkommensteuer“ von 70 Euro
199 ausbezahlt. Hat ein 4-Personen-Haushalt mit zwei Kindern eine
200 Einkommensteuerbelastung von 1.000 Euro, wird diese mit einem Grundeinkommen von
201 1.440 Euro (420 Euro für die Erwachsenen, je 300 Euro für die Kinder) verrechnet. Die
202 „negative Einkommensteuer“ beträgt hier also 440 Euro. Die Steuerbelastung entfällt und
203 zudem erhält die Familie 440 € ausbezahlt. Die solidarische Verteilungswirkung des
204 grünen Grundeinkommens wird damit offensichtlich: Heutige Hartz IV-EmpfängerInnen
205 erhalten das volle Grundeinkommen ohne Bedarfsprüfung. Familien mit Kindern werden
206 deutlich besser gestellt als mit dem Ehegattensplitting. Besserverdienende zahlen
207 aufgrund der entfallenden Vergünstigungen annähernd den nominalen Steuersatz, der
208 heute häufig real nicht entrichtet wird.

209 Das Grundeinkommen ist mit allen Finanzierungsanteilen machbar. Allerdings wollen wir
210 mit der Vorstellung des Konzepts keine abschließende Festlegung der Finanzierung des
211 Grundeinkommens treffen. Auch welche Ausnahmeregelungen bei einer
212 Einkommensteuerreform gestrichen oder in welcher Form gekürzt werden, kann mit
213 diesem Antrag nicht entschieden werden. Dazu bedarf es einer ausführlichen politischen
214 Diskussion innerhalb der GRÜNEN – aber zuvor einen Beschluss für ein grünes
215 Grundeinkommen.

216 Was „passiert“ bei der Einführung des Grundeinkommens unter dem Strich?

- 217 Die Situation von den heutigen Hartz IV-EmpfängerInnen wird deutlich verbessert.
- 218 Das Grundeinkommen hilft nicht nur bei verdeckter Armut, sondern es wirkt zudem
219 gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozessen entgegen.
- 220 Der Bürokratieaufwand wird deutlich reduziert.
- 221 Die Zuverdienstmöglichkeiten werden verbessert. Da nur zusätzliches Einkommen
222 solidarisch versteuert wird, bietet es zugleich Leistungsanreize, wo heute
223 Fehlanreize bestehen: Das Lohnabstandsgebot wird optimal erfüllt.
- 224 Unstete Erwerbsverläufe werden abgesichert.
- 225 Individualisierte, nicht an die PartnerIn oder Haushalt gekoppelte, Ansprüche
226 kommen besonders Frauen zugute.
- 227 Das Steuersystem wird einfacher, übersichtlicher und Ungerechtigkeiten werden

228 korrigiert. In der Fortsetzung der rot-grünen Steuerpolitik wird der derzeitige
229 Grundfreibetrag durch das grüne Grundeinkommen in der Einkommensteuer
230 deutlich erhöht.

- 231 □ Mit dem Energiegeld entsteht ein zusätzlicher Anreiz für klimafreundliches
232 Verhalten, ohne ärmere Menschen zu belasten.

233 Entscheidend ist: Im Wesentlichen handelt es sich bei den vorgeschlagenen Änderungen
234 um eine Umverteilung zwischen Erwerbstätigenhaushalten: Kleinverdiener zahlen
235 entweder keine Steuer oder erhalten in der Summe sogar einen Zuschuss. Familien
236 werden durch das Kindergrundeinkommen begünstigt bzw. erst gar nicht arm.
237 Gutverdienende werden in vertretbarem Umfang stärker herangezogen. Mit seiner
238 Verteilungswirkung trägt es dazu bei, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich in
239 unserem Land ein Stück weit überwunden wird.

240 **Baustein 2: Arbeitsmarkt und Ausbildung – niemanden vergessen**

241 Wir stehen nicht am Ende, aber mitten in einem dramatischen Wandel der
242 Erwerbsgesellschaft. Die Arbeitsmarktentwicklung hat sich vom Wirtschaftswachstum
243 entkoppelt. Zeitarbeit, Teilzeit, befristete Arbeitsverträge, Praktika, 400-Euro-Jobs,
244 Frühverrentung und prekäre Arbeitsverhältnisse, bei denen Löhne unterhalb des
245 Existenzminimums bezahlt werden, lösen die bisher bekannten Verantwortlichkeiten
246 zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden auf. Aber trotz diesen gesellschaftlichen
247 Veränderungen – die Teilhabe an Erwerbsarbeit bedeutet für die meisten Menschen
248 weiterhin gesellschaftliche Anerkennung, soziale Kontakte und bestimmt zudem das
249 individuelle Selbstwertgefühl. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit hingegen isoliert die
250 Menschen und belastet Familien und Partnerschaften. Eine solidarische
251 Arbeitsmarktpolitik muss daher ein Kernstück grüner Sozialpolitik bleiben.

252 Das „Fördern und Fordern“ der Hartz-Gesetzgebung hat versagt. „Fördern“ mit Zwang
253 führt zu Verweigerung. Willkürliche und damit sinnlose Maßnahmen demotivieren. Beides
254 zusammen nimmt den Menschen die Perspektiven und lässt sie verzweifeln. Zudem
255 haben viele Menschen durch Hartz IV und die Einführung der Bedarfsgemeinschaften
256 nicht nur ihre eigenständige Existenzsicherung, sondern auch die
257 Anspruchsvoraussetzungen für arbeitsmarktpolitische Unterstützung, verloren. Nach
258 Schätzungen des DGB sind die Betroffenen zu 90% Frauen.

259 Ein Umdenken ist zwingend notwendig: Wir wollen ein arbeitsmarktpolitisches Konzept,
260 das Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und Individualität respektiert und die Menschen nicht
261 als defizitär, sondern mit all ihren Ressourcen und Stärken wahrnimmt. Konkret bedeutet
262 dies Unterstützungsangebote für alle Menschen, die freiwillig genutzt werden und sich an
263 den Fähigkeiten, Interessen und Lebensplanungen der Menschen orientieren. Nur unter
264 diesen Voraussetzungen werden Motivation, Verantwortung und Engagement gefördert.

265 Auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen bleibt eine organisierte
266 Arbeitsvermittlung notwendig. Von Bedarfsprüfungen und Leistungsgewährung entlastet,
267 können die Arbeitsagenturen bzw. ARGEN ihrem eigentlichen Zweck – nämlich Beratung,
268 Qualifizierung und Vermittlung – gerecht werden. Berufliche Unterstützungsangebote
269 können und sollen in die soziale Stadtteilarbeit, in die mobile und offene Jugendarbeit
270 integriert werden.

271 In diesem Sinne muss die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut werden, denn ohne
272 gezielte Förderung werden viele Erwerbslose, insbesondere Frauen, dauerhaft vom
273 Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Durch den Wegfall von Bedarfsprüfungen und
274 Leistungsgewährung (jede Bedarfsprüfung verursacht Verwaltungskosten zwischen 1.500

275 und 2.000 €) wird dies in großem Umfang ohne die Entstehung von zusätzlichem Aufwand
276 möglich. Neben der individuellen Beratung sind Weiterbildungs-, Umschulungs- und
277 Qualifizierungsangebote sowie Förderprogramme zur Existenzgründung notwendig, um
278 passgenaue Wege in die Arbeitswelt zu eröffnen. Standardmaßnahmen lehnen wir
279 dagegen ab. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die keinerlei Rücksicht auf Begabung
280 oder Biographie der sich in dieser Maßnahme befindlichen Personen nehmen,
281 verursachen großen bürokratischen Aufwand bei mäßigem Erfolg.
282 Unterstützungsangebote müssen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.

283 Auch Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt
284 haben, brauchen Perspektiven. Eine ehrliche Arbeitsmarktpolitik kann dies nur durch
285 staatlich geförderte – auch zeitlich unbegrenzte – Beschäftigung leisten. Auch mit
286 Einführung eines Grundeinkommens gilt: Der Sozialstaat soll nicht Arbeitslosigkeit,
287 sondern Arbeit finanzieren. Dafür brauchen wir keine kurzfristigen und sinnlosen Ein-Euro-
288 Jobs, sondern reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit
289 Qualifizierungsanteilen als Brücke in Ausbildung und in den ersten Arbeitsmarkt.

290 Insbesondere junge Menschen brauchen Perspektiven. Jeder junge Mensch hat
291 unabhängig von seinen individuellen Fähigkeiten und seiner sozialen Stellung ein Recht
292 auf Ausbildung und gesellschaftliche Teilhabe, auch an Erwerbsarbeit. Die Unternehmen,
293 aber auch der Sozialstaat, müssen Verantwortung übernehmen und das Recht auf
294 Ausbildung garantieren. Ungleiche Startchancen werden in ihren negativen Folgen nicht
295 durch finanzielle Transfers begrenzt, sondern durch ein leistungsfähiges Bildungssystem,
296 durch gezielte Beratung, Begleitung und Ausbildungsangebote an der Schnittstelle vom
297 Bildungssystem zum Arbeitsmarkt. Das duale System muss gestärkt werden. Die
298 schulischen und außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten sollen ausgebaut werden.
299 Vor allem die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen gebündelt und
300 ausschließlich in Richtung Ausbildung verwendet werden.

301 Die Arbeitslosigkeit betrifft verstärkt gering Qualifizierte, denn vor allem
302 Einfacharbeitsplätze sind von Rationalisierungen und Arbeitsplatzverlagerungen bedroht.
303 Im Kontext des demografischen Wandels müssen insbesondere die
304 Beschäftigungspotenziale im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gestärkt
305 werden. Existenzgründungen und Selbstständigkeit müssen gefördert werden. Auch dem
306 stetigen Trend zu Niedriglöhnen muss Grenzen gesetzt werden. Deshalb unterstützen wir
307 die Forderung nach branchenspezifisch und regional orientierten Mindestlöhnen mit
308 gesetzlich festgelegter Mindesthöhe.

309 **Baustein 3: Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung**

310 In einer sich stetig verändernden Arbeitswelt, die neue Fähigkeiten erfordert und in der
311 Wissen zur wertvollsten Ressource geworden ist, werden langfristig nur diejenigen gute
312 Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben, die über vielfältige Kompetenzen verfügen.
313 Arbeitslosigkeit und Armut betreffen vor allem Bevölkerungsschichten ohne oder mit
314 niedrigem Bildungsabschluss. Wir wollen Bildung für alle ermöglichen, unabhängig von der
315 sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Deshalb wollen wir einen
316 grundlegenden Umbau unseres Bildungssystems vorantreiben. Wir GRÜNE haben in den
317 letzten Jahren viele gute Bildungskonzepte entwickelt und verabschiedet – diese gilt es
318 jetzt umzusetzen! Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens steht dem
319 nicht entgegen. Investitionen in Bildung bleiben – wie heute auch – möglich. Wir wollen die
320 neunjährige Basisschule für alle.

321 Bildung beginnt für uns bereits im Vorschulalter. Die individuellen Fähigkeiten unserer
322 Kinder müssen möglichst früh gefördert werden. Die Verteilung von Schülerinnen und

323 Schülern auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium sortiert heute bereits nach der
324 vierten Klasse in VerliererInnen und GewinnerInnen. Wir wollen die Schule für „alle“ in
325 kommunaler Verantwortung. Anstelle eines einheitlichen Angebots, sollen die Schulen die
326 Möglichkeit haben, sich mit passenden Angeboten auf die SchülerInnen einzustellen. Auch
327 die extreme Abhängigkeit der individuellen Bildungschancen vom Bildungsniveau des
328 Elternhauses muss uns alarmieren. Mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung eröffnet
329 Perspektiven und motiviert zur aktiven Teilhabe in unserer Gesellschaft. Eine intensive
330 Betreuung der Schülerinnen und Schüler ist uns wichtig. Deshalb wollen wir die
331 Schulsozialarbeit stärken.

332 Mit einer Ganztageschule, die diesen Namen auch verdient, wollen wir den Schulalltag
333 entzerren und eine individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler ermöglichen.
334 Hierzu gehört eine vernünftige Schulspeisung und ebenso spezielle Betreuungsangebote.
335 Die PISA-Sieger aus Finnland ebenso die positiven Beispiele in Deutschland machen es
336 uns vor: Eine gute Schule ist immer auch eine humane Schule. Sie sieht Vielfalt und
337 individuelle Förderung nicht als Gegensatz. Motivation entsteht nicht durch Angst und
338 Druck, sondern durch eine Kultur der Aufmerksamkeit und der Anerkennung. Damit wird
339 soziale Verantwortung und zugleich die Fähigkeit zur individuellen Gestaltung des eigenen
340 Lebens in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft gefördert.

341 Auch nach Schule und Ausbildung darf sich der Staat nicht aus der Verantwortung
342 zurückziehen. Weiterbildungsangebote sind notwendig, damit Menschen ihre Fähigkeiten
343 für neue Aufgabenbereiche und an die veränderten Bedingungen der Arbeitswelt
344 anpassen können. Lebenslanges Lernen ist ein zentrales Element eines zukunftsfähigen
345 Bildungssystems um Chancen- und Zugangsgerechtigkeit zu erreichen.

346 Ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb
347 muss in Zukunft mehr Geld in unser Bildungssystem fließen. Neben dem Vorhandensein
348 finanzieller Mittel kommt es aber mindestens genau so sehr auf deren richtige Verteilung
349 an – und auf die Qualität, die damit geschaffen wird.

350 **Anschlussprojekt: Bürgerversicherung**

351 Mit den Bausteinen 1 bis 3 – Grundeinkommenssockel, Arbeits- und Bildungspolitik – kann
352 in absehbarer Zeit der Einstieg in ein Grundeinkommen realisiert werden. Die im
353 Folgenden skizzierten Anschlussprojekte zeigen eine mögliche Perspektive auf, wie das
354 grüne Grundeinkommen weiter entwickelt werden kann.

355 Dazu gehört die Umstellung der Kranken- und Pflegeversicherung auf eine
356 Bürgerversicherung, wie sie der aktuellen grünen Beschlusslage entspricht.
357 Bürgerversicherung heißt: Die Bemessungsgrundlage ist dann nicht mehr das Einkommen
358 aus abhängiger Beschäftigung, sondern das gesamte Einkommen einschließlich der
359 Kapitaleinkünfte, Zinsen und Mieten. Dadurch wird die Lastenverteilung solidarischer. Ein
360 weiterer wichtiger Gesichtspunkt: Während die Einkommen der abhängig Beschäftigten in
361 den letzten Jahren stagniert und zum Teil gesunken sind, ist die Summe aller Einkünfte
362 stetig gestiegen. Die Finanzierungsgrundlage ist daher nicht nur solidarischer, sondern
363 auch krisenfester.

364 Darüber hinaus wollen wir die Rentenversicherung als Bürgerversicherung gestalten. Alle
365 Erwachsenen, die noch nicht in Rente sind, wären beitragspflichtig. Vorbild für eine
366 erneuerte Rentenversicherung könnte das Schweizer Modell der Alterssicherung sein, mit
367 einer Mindest- und Höchstleistung für künftige Altersbezüge. Bisher erworbene Ansprüche
368 werden weiter finanziert, mit einer integrierten Mindestsicherung als Schutz vor Armut.

369 Weitere Schritte könnten besondere Grundeinkommensregelungen für Auszubildende und

370 Studierende sein, um deren spezifischen Lebenssituationen gerecht zu werden. Ebenso
371 wollen wir einen Freibetrag in den Sozialversicherungen, um mit einem abgabenfreien
372 Existenzminimum gerade GeringverdienerInnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu
373 erleichtern. Mit der Einführung der Bürgerversicherung und der damit verbundenen
374 solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme kann zudem entweder das
375 Sockelgrundeinkommen erhöht oder die Sozialabgaben gesenkt werden.

376 **Auf den Punkt gebracht:**

377 **Grundeinkommen, die Antwort auf soziale Herausforderungen**

378 Wo heute unüberwindbare Hindernisse und Sackgassen erscheinen, wird durch ein
379 partielles Grundeinkommen grüne Politik erst wieder möglich! Aber dennoch befreit kein
380 politisches Konzept das Gemeinwesen von der Pflicht, im Diskurs über die Ausgestaltung
381 seines Zusammenlebens zu entscheiden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist auch
382 kein Allheilmittel gegen diskriminierende Lebensumstände von „BildungsverliererInnen“,
383 Frauen, MigrantInnen und Erwerbslosen. Unabhängig von einem bedingungslosen
384 Grundeinkommen bleiben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Bildungs-,
385 Gender- und Arbeitsmarktpolitik wichtig!

386 **Antwort auf die postindustrielle Erwerbsgesellschaft**

387 Ein Grundeinkommen führt dazu, dass die Rechte der ArbeitnehmerInnen gestärkt werden
388 und „atypische“ bzw. unstete Erwerbsbiographien abgesichert sind. Es besteht ein
389 Gleichgewicht aus Schutz und Anreizen: Alle Menschen haben einen deutlichen Anreiz
390 dazuzuverdienen. Aber sie sind, anders als heute, nicht mehr gezwungen, jede Arbeit zu
391 jedem Preis anzunehmen. Mindestlöhne werden so leichter durchsetzbar.

392 **Antwort auf zunehmende sozialpolitische Problemlagen**

393 Durch das Grundeinkommen werden Erwerbslose und Menschen mit geringem
394 Einkommen materiell besser gestellt. Steigt das Grundeinkommen perspektivisch an,
395 erhalten immer mehr arme Menschen das soziokulturelle Existenzminimum auch ohne
396 bedarfsgeprüfte Zusatzleistungen. Ebenso werden kleine und mittlere Einkommen durch
397 das Grundeinkommen deutlich besser gestellt.

398 **Antwort auf familienpolitische Anforderungen**

399 Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt Impulse für Familien. Da jedes Kind ein
400 eigenes Einkommen hat, stellt es kein Armutsrisiko mehr dar. Der Steuerzuschuss, also
401 die negative Einkommenssteuer, begünstigt insbesondere Lebensverhältnisse mit
402 Kindern. Familien haben mehr Freiheit in ihrer Lebensgestaltung. Für beide Elternteile wird
403 es leichter, sich beispielsweise vorübergehend für Teilzeitarbeit zu entscheiden. Die
404 Situation für Alleinerziehende verbessert sich erheblich.

405 **Antwort auf frauenpolitische Forderungen**

406 Ein bedingungsloses Grundeinkommen kommt verstärkt Frauen zu Gute. Durch die
407 individuelle Auszahlung des Grundeinkommens sinkt die finanzielle Abhängigkeit, eine
408 eigenständige Sicherung unabhängig von einem Partnereinkommen ist möglich.
409 Bedarfsgemeinschaften hingegen tradieren Geschlechterrollen. Arbeitsförderung ist nicht
410 mehr an Transferleistungen gekoppelt – insbesondere für Frauen werden damit wieder die
411 durch Hartz IV verschlossene Wege in die Arbeitswelt eröffnet.

412 **Zukunftsperspektive: offen, solidarisch, ökologisch**

413 Mit dem gleitenden Einstieg in ein Grundeinkommen zeigen wir GRÜNE, dass wir uns

414 offensiv mit den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft auseinandersetzen und bereit sind
415 neue Wege zu gehen. Statt bestehende Strukturen nur in Details zu verändern, greifen wir
416 positive Impulse aus der Gesellschaft auf und finden gangbare Wege hin zu einer offenen
417 und solidarischen Gesellschaft.

418 Unser Vorschlag setzt bei der Würde des Menschen an. Er setzt auf mündige
419 BürgerInnen. Mit der Sicherung der materiellen Existenz und dem Abbau von Bürokratie
420 wird die Freiheit zu selbst bestimmtem Tätigwerden gewonnen. Gesellschaftliche Teilhabe
421 für alle wird erleichtert. Unsere Richtung heißt: Ein Existenz sicherndes Einkommen ist
422 Bürgerrecht. Das Grundeinkommen kann mithelfen, die einseitige Wertschätzung von
423 Erwerbsarbeit zu überwinden und die bürgerschaftliche Betätigung zu fördern.
424 Gesellschaftliche Teilhabe entsteht auch durch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit.

425 Ein Umbau unseres Sozialsystems unterstützt auch die ökologischen Herausforderungen,
426 vor denen wir stehen. Spätestens seit der Debatte um die „Nachhaltige Entwicklung“ geht
427 unsere Partei davon aus, dass sich ökologische Verbesserungen nicht mit sozialen
428 Verwerfungen vertragen. Grüne Politik braucht ein starkes soziales Profil. Weitere Schritte
429 einer ökologischen Steuerreform finden in unserem Vorschlag für einen Einstieg ins
430 Grundeinkommen eine gute Basis, um ökologische Anforderungen und materielle
431 Sicherheit zusammenzubringen.

432 Es bestehen gute Chancen, dass über das Grundeinkommen andere Werte als Geld und
433 Konsum an Gewicht gewinnen. Die Suche nach ökologisch verträglicheren Lebensstilen
434 ist die positive Antwort auf die Kritik am Konsumismus. Es geht darum, ein nicht nur
435 Existenz sicherndes, sondern darüber hinaus auch kulturell reiches Leben zu ermöglichen.

436 Auf der Grundlage des gleitenden Einstiegs in das Grundeinkommen wird es möglich,
437 solche Fragen nicht nur theoretisch, sondern anhand der praktischen Erfahrungen zu
438 debattieren. In welche Richtung die nächsten Schritte führen, kann die Gesellschaft an
439 jedem Punkt neu entscheiden. Jeder Schritt kann in finanzierbaren und politisch
440 handhabbaren Etappen umgesetzt werden. Der von uns vorgeschlagene Einstieg ins
441 Grundeinkommen verbaut nichts, sondern öffnet neue Möglichkeiten, weitere
442 gesellschaftliche Prioritäten und die nächsten Schritte in einem demokratischen und
443 ergebnisoffenen Prozess jeweils neu auszuhandeln.

444